

Chinesen wollen unser Recht

Die Nürnberger Justiz steht in den kommenden Jahren vor großen Aufgaben. Im Presseclub Nürnberg sprach der Präsident des Nürnberger Oberlandesgerichts, Christoph Strötz, über die zukünftigen Entwicklungen.

NÜRNBERG – Der gebürtige Münchner und Wahl-Nürnberger Christoph Strötz steht seit März an der Spitze des zweitgrößten Oberlandesgerichtsbezirks (OLG) Bayerns. Unter seiner Ägide wird das neue Justizzentrum entstehen, und das Memorium sowie die Internationale Akademie Nürnberger Prinzipien werden weiter an Bedeutung gewinnen. Der Justizstandort wird sich also verändern.

Und auch Tausende Kilometer entfernt in China werden Entwicklungen angestoßen. Strötz ist als Leiter der bayerischen Delegation an dem seit 1999 bestehenden Deutsch-Chinesischen Rechtsstaatsdialog beteiligt, das allein wäre ein abendfüllendes Thema gewesen. NZ-Redakteurin Susanne Stemmler gliederte als Moderatorin das Gespräch so geschickt, dass die Frage nach der Zukunft der Nürnberger Justiz ebenfalls ausreichend behandelt werden konnte.

Doch zurück zu China: Strötz sieht hier, was die Justiz angeht, Fortschritte. Vor einem Jahr habe sich das Land eine Selbstverpflichtung als Aufbruch hin zum Rechtsstaat auferlegt, mit 25 Thesen, die sich an die Rechtsauffassung der BRD anlehnten. Mit Blick auf seine internationalen wirtschaftlichen Beziehungen benötige China ein funktionierendes Zivilrecht nach kontinental-europäischem Vorbild.

Aus Strötz' Sicht ist der Dialog, der Richter beider Länder zusammenbringt, keine Einbahnstraße. „Auch die deutsche Wirtschaft profitiert von einem geordneten Zivilrecht in der



Christoph Strötz, Präsident des Oberlandesgerichts Nürnberg, im Gespräch mit NZ-Redakteurin Susanne Stemmler.
Foto: Presseclub

Volksrepublik.“ Mit der chinesischen Obrigkeit über Menschenrechte zu sprechen, ist bekanntlich ein heißes Eisen. Stemmler wollte nun wissen, ob es beim Dialog angefasst werde. „Ja, aber nur ganz vorsichtig“, meinte der Gesprächsgast. Die Frage nach dem Justizalltag und nach der Organisation von Strafprozessen beispielsweise führe immer auch zu der Frage nach den Menschenrechten.

In Nürnberg steht dem Präsidenten in den nächsten Jahren unter anderem der Einzug des elektronischen Rechtsverkehrs ins Haus. Spätestens 2022 soll die Nürnberger Justiz komplett digitalisiert, die Papierakte der E-Akte gewichen und die entsprechenden Schnittstellen für die Anwälte geschaffen sein. Netzsicherheit und Datenschutz sieht Strötz durch die E-Justice nicht in Gefahr. „Das Justiznetz besteht seit zig Jahren und ist eines der bestgesicherten Netze.“

In Zeiten wie diesen ist die Flüchtlingsfrage in aller Munde. Da machte der Presseclub keine Ausnahme. Die Bilder von brennenden Flüchtlingsheimen und der Ausschreitungen gegen die Unterkünfte und die Flüchtlinge selbst seien bedrückend, sagte Strötz. Mit der Ankunft der Flüchtlinge sei die Anzahl der Straftaten nicht gestiegen. Die Justiz benötige aber mehr Stellen, weil viele unbegleitete Jugendliche kämen, für die Amtsvormünder bestellt werden müssten und vieles mehr.

Um seitens der Justiz eine Brücke zu den Neuankömmlingen zu schlagen, sei geplant, dass junge Richter und Staatsanwälte in Flüchtlingsheimen über deutsches Recht sprechen – ein gemeinsam mit dem Leiter des Sozialamtes, Dieter Maly, aufgelegtes Programm. „Die jungen Juristen freuen sich schon auf diese Aufgabe.“

Uschi Abfalq

Rechtskunde-Stunden für Flüchtlinge

Gerichts-Präsident Christoph Strötz: „Erklären, was bei uns geht und was nicht“

VON ULRIKE LÖW

Richter und Staatsanwälte wollen Asylbewerber besuchen – um Regeln des Zusammenlebens zu erläutern. Dies kündigt Christoph Strötz, Präsident des Oberlandesgerichts Nürnberg, im Nürnberger Presseclub an.

Seit Jahren ruft die Justiz nach zusätzlichen Stellen – nun, da das Bundesinnenministerium mit 800 000 Asylbewerbern in diesem Jahr kalkuliert, bekommen die Bundesländer neue Richterstellen. Ohne deutliche Aufstockung ist die Arbeit nicht mehr zu bewältigen, und dies betrifft im ganzen Land derzeit vor allem die Verwaltungsgerichte, die für Asylverfahren zuständig sind.

Auch die Justizgerichtsbarkeit in Bayern bekommt mehr Personal, die zusätzlichen Kräfte sollen besonders an den Behörden der bayerisch-österreichischen Grenze eingesetzt werden. Im hiesigen Bezirk, so stellt Christoph Strötz fest, seien es bisher die Vormundschaftsgerichte, die mit steigenden Fallzahlen zu tun haben: Reisen minderjährige Flüchtlinge unbegeleitet, ohne Eltern, ein, muss für sie ein Vormund bestellt werden –

schließlich ist ihre Handlungsfähigkeit, wie bei allen anderen Jugendlichen, rechtlich eingeschränkt.

Ein Beispiel, das zeigt, dass die Justiz nicht nur das Strafrecht anwendet, sondern eine breite Palette von „Dienstleistungen“ anbietet – und nun kommt „Rechtskundeunterricht mit Dolmetschern“, so Strötz, in den Flüchtlingsunterkünften dazu.

Der Plan zeigt, wie sehr Deutschland gerade in Bewegung ist: Normalerweise muss sich der Rechtsuchende zu Anwaltskanzleien oder in Gerichtsgebäude bemühen – nun gehen die Mitarbeiter der Behörde nach draußen. Es liegt auf der Hand, dass da einiges an Überstunden und Engagement folgen wird, aber es geht um „das Kostbarste, was wir haben“, sagt Strötz, „unseren Rechtsstaat“. Regeln aufzustellen und sie auch durchzusetzen, gehöre dazu.

Beleidigende Parolen

Um Missverständnisse zu vermeiden: Derzeit sind die Sicherheitsbehörden mehr mit gewalttätigen Übergriffen auf Flüchtlinge, brennenden Asyl-Unterkünften und Ermittlungen gegen beleidigende Parolen grölende Demonstranten beschäftigt als

mit Asylbewerbern als Tatverdächtigen. Gerade erst stellte die Nürnberger Polizei fest, dass Flüchtlinge nicht mehr Straftaten als andere Bürger begehen; die geplanten Besuche der Juristen sollen Flüchtlinge nicht unter Verdacht stellen. Vielmehr soll über deutsches Recht gesprochen werden, um den Neankömmlingen, aus denen bald Kollegen und Nachbarn werden, zu erläutern, „was bei uns geht und was nicht“, so Strötz.

Leidenschaftlicher Tänzer

Die Aufgabe erfordert viel Fingerspitzengefühl – schon weil die Juristen auf Menschen unterschiedlicher Herkunft und mit unterschiedlichem Bildungsniveau treffen und etliche Asylbewerber auch Unerfreuliches mitbringen, etwa Antisemitismus und Patriarchatsdenken. „Deshalb muss auch über die Gleichberechtigung von Mann und Frau gesprochen werden“, kommentiert Strötz.

Neben dieser aktuellen Debatte treibt den Präsidenten, der übrigens leidenschaftlicher Tänzer, dreifacher Vater und dreifacher Großvater ist, der Deutsch-Chinesische Rechtsstaatsdialog um. Dabei geht es bereits seit 1999 darum, wie die für



Er sitzt im Justizpalast ganz oben: OLG-Präsident Christoph Strötz. F.: Weigert

einen Staatsaufbau entscheidenden Komponenten Gesetzgebung, Justizwesen und Verwaltung gestaltet werden können. Durch das bessere Verständnis der jeweiligen Kultur soll zu rechtsstaatlichem Denken und Handeln in China beigetragen werden. Strötz reiste bereits mehrfach nach China und berichtet, dass die Volksrepublik Zivilrecht nach kontinentaleuropäischem Vorbild einführen will. Dank der systematischen Anordnung der Vorschriften ist unser Recht be-

rechenbar – „man kann es erlernen wie Schachspielen“, so Strötz. Ganz im Gegensatz zum angelsächsischen Recht, das auf Fällen und Richtersprüchen aufbaut und dazu zwingt, sich durch die Gerichtsfälle von Jahrhunderten zu wühlen.

Der Rechtsstaatsdialog liegt dem Präsidenten am Herzen. Gelingt es, Rechtssicherheit zu schaffen, leistet dies einen Beitrag zum Schutz der Menschenrechte und stärkt natürlich auch die Position deutscher Firmen.